

Haushaltsrede 2024

Erster Bürgermeister Wolfgang Nierhoff

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in unsicheren Zeiten, in Krisenzeiten und man muss es leider so feststellen: in einer Zeit mit kriegerischen Auseinandersetzungen. Für die Sicherung unserer Freiheit und des Friedens heißt es momentan "Aufrüsten statt Abrüsten." Der Verteidigungsminister Boris Pistorius sagt wir müssen uns kriegstüchtig machen.

In diesen aufgeregten Zeiten mit zunehmendem Extremismus ist es umso wichtiger, Themen sachlich - durchaus auch kontrovers - aber mit Respekt voreinander zu beraten. Der Gesellschaft und nicht zuletzt der Demokratie täte es gut, wenn dabei nicht nur auf der großen politischen Bühne, sondern überall verbal abgerüstet werden würde.

So sollte auch bei uns im Stadtrat, der ein Kollegialorgan ohne Opposition ist - so steht es zumindest in der Gemeindeordnung und ich habe in den vergangenen Jahren mehrfach drauf hingewiesen - noch mehr verbal abgerüstet werden. Kritik sollte sachlich und nicht persönlich herabwürdigend sein, so dass immer die Grundlage für konstruktive weitere Zusammenarbeit gewährleistet ist. Denn wenn man tatsächlich hinter die Fassade blickt, dann erkennt man, wenn man will, dass hier in der Stadt trotz vieler Widrigkeiten, Verbalattacken und engen finanziellen Spielräumen gute Arbeit geleistet wird.

Ich bin deshalb froh, dass für den diesjährigen Haushalt in einer sehr konstruktiven Atmosphäre bei den Klausurtagungen am 05. und 07. Dezember im letzten Jahr gemeinsam die Grundlagen für die Beratungen des Haushalts am 21. und 28. Februar geschaffen werden konnten.

Bei diesen Tagungen wurde bereits auf die allgemein schwierige Lage der Kommunalfinanzen unter den von Bund und Land vorgegebenen Rahmenbedingungen und der weltpolitisch angespannten Lage hingewiesen.

Ganz aktuell dazu passen auch die Aussagen vom Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in der Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung vom 15. Februar 2024. Pannermayr führt aus, dass die Städte und Gemeinden derzeit einen massiven Anstieg bei den Ausgaben um mehr als 10 Prozent verzeichnen müssen. Im Jahr 2024 wird sich laut Pannermayr die Situation u.a. wegen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst verschärfen. Steigende Personalausgaben (+ 7 Prozent), enorme Kostensteigerungen - nicht zuletzt aufgrund der Energiepreise - beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ 11 Prozent) und im Baubereich (+ 14 Prozent) belasten die Kommunalhaushalte.

Pannermayr führt weiter aus, dass darüber hinaus den Kommunen in den nächsten Jahren zusätzliche Aufgaben und Ausgaben zugewiesen werden, wie z.B. der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder sowie Investitionen in Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmeplanung.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags macht unmissverständlich deutlich, dass neben einer besseren Finanzausstattung der Kommunen und dem Abbau bürokratischer Hürden auch die Entscheidungsträger in den kommunalen Gremien gezwungen

sein werden, sich künftig verstärkt auf das Wesentliche zu fokussieren. Markus Pannermayr dazu wörtlich: „Das ist sicherlich kein leichter Weg, den wir aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels als Gesellschaft gemeinsam werden gehen müssen.“

Mit dem was Pannermayr sagt „sich verstärkt auf das Wesentliche zu konzentrieren“ befassen wir uns in der Stadt Pegnitz im Stadtrat und der Verwaltung im Rahmen des Konsolidierungsprozesses schon seit ungefähr 5 Jahren.

Im Rahmen dieses Prozesses gab es und wird es auch weiter kontroverse Diskussionen und Beratungen geben, da so manche Entscheidung natürlich - zumindest für einzelne Gruppen - Einschränkungen mit sich bringt und – das ist mir bewusst – deswegen nicht immer populär ist.

Ich erinnere hier zum Beispiel an den Beschluss, dass die Stadt das Eisstadion nicht mehr betreibt. Dass es den Eissport nicht nur für den EVP sondern auch für die gesamte Stadtgesellschaft noch gibt, liegt an engagierten Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Die Entscheidung als solche, dass das Eisstadion nicht mehr durch die Stadt betrieben wird, war aber erforderlich, damit wir die Auflagen und Vorgaben aus der Konsolidierung erfüllen.

Und wer nun hinterfragt, wo die großen Einsparungen sichtbar werden, dem muss erklärt werden, dass das Defizit des Freizeitparks alleine schon durch die steigenden Kosten für den Betriebsaufwand noch wesentlich höher wäre, hätten wir das Eisstadion noch als Stadt im Betrieb. So liegt der Mittelbedarf für den Freizeitpark mit 2,42

Mio. € trotz u.a. der Strompreiserhöhung rund 70.000 € unter dem im Vorjahr kalkulierten Wert.

Eine weitere Verbesserung der finanziellen Situation kann mit dem seit Jahren angestrebten steuerlichen Querverbund erreicht werden, der nun ganz konkrete Formen annimmt. Der Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft zur Herbeiführung eines steuerlichen Querverbundes wird im Frühjahr dieses Jahres bei der Finanzverwaltung eingereicht.

Grundsätzlich gilt es also festzustellen, dass wir nicht nur wegen der laufenden Konsolidierung, sondern auch wegen der von Herrn Pannermayr geschilderten Rahmenbedingungen weiter Prioritäten setzen müssen und das im vorgelegten Haushalt 2024 auch machen.

Ich möchte im Folgenden exemplarisch auf einige Positionen näher eingehen:

Für die **Förderung von Kindern und Jugendlichen** sind noch die baulich bereits weitgehend abgeschlossenen Maßnahmen Erweiterungsbau Kita St. Franziskus sowie die umfassenden Sanierungen der Kitas in Buchau und Trockau sowohl hinsichtlich Einnahmen und Ausgaben abzufinanzieren.

Für die künftig anstehenden Projekte im Bereich Kindertagesstätten stehen im Haushalt 2024 inklusive der Haushaltsreste und der Ansätze in der Finanzplanung folgende Mittel in absteigender Priorität zur Verfügung:

- für die Verlagerung der Kita Bronn mit Neubau bzw. Nachnutzung des früheren Schulgebäudes insgesamt rund 3,4 Mio. €

- für den Teilumbau von Räumlichkeiten im Brigittenheim zu einer Kita durch den Träger ein Zuschuss für die nicht förderfähigen Kosten von 400.000 €
- für den dann noch verbleibenden perspektivischen Bedarf für ein „Haus für Kinder“ in einem kompakten und modular erweiterbaren Neubau rund 3,5 Mio. €
- für Planungen zur Sanierung der Kita Troschenreuth 20.000 €.

Für den Bereich der Schulen ist zu erwähnen, dass die Verwaltung der Stadt Pegnitz die Dach- und Fassadensanierung der Christian-Sammet-Halle bis Ende 2025 für den Schulverband abwickelt. Den Ausgaben von 1,35 Mio. € stehen aus einem Bundesförderprogramm Zuwendungen von 1,2 Mio. € und die Einnahmen vom Schulverband i.H.v. 150.000 € gegenüber.

Beim Thema "Förderung von Kindern und Jugendlichen" soll auch noch die im Haushalt beschriebene und angestrebte Nachnutzung des Alten Feuerwehrhauses im Wiesweiherweg hervorgehoben werden. Wie lange und an wie vielen vorgeschlagenen Standorten hat man schon Jugendräume gesucht?

Jetzt könnte unmittelbar beim Generationenpark Wiesweiher nach der Dachsicherung des alten Feuerwehrhauses, für die im letzten Jahr schon 150.000 € im Haushalt eingestellt waren, mit einer möglichen Zuwendung durch eine Stiftung ein attraktives Jugendzentrum in idealer Lage entstehen.

Wenn jetzt jemand dagegenhalten möchte, dass wir im Bereich der Vereinsförderung künftig Deckelungen vornehmen, so ist dies nach langen Beratungen geschehen, die wir uns alle nicht leichtgemacht haben. Wir gewährleisten damit aber, dass das Vereinsleben in Pegnitz trotz Konsolidierung weiter gefördert werden kann. Zur Einordnung beim Thema „Unterstützung der Vereine“ ist auch wichtig zu wissen, dass die

meisten Nachbargemeinden immer noch weit unter den Pegnitzer Fördersätzen liegen und dies, obwohl das Damoklesschwert der Konsolidierung nicht über ihnen schwebt.

Abschließend möchte ich für den Bereich Kinder und Jugendliche anmerken, dass es in Pegnitz nicht nur eine vollständige Bedarfsdeckung an Kita-Plätzen gibt, sondern dieser Bedarf mit den aufgezeigten Maßnahmen auch noch in attraktiven Räumen realisiert werden kann. Mit der eingangs erwähnten Prioritätenliste für den weiteren Ausbau hat man eine klare Strategie, mit der dann je nach Bedarf reagiert werden kann und in Anbetracht der in anderen Kommunen noch anstehenden Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen im Schulsektor können wir uns - aber vor allem die Schülerinnen und Schüler - glücklich schätzen, dass es in unseren Schulen inklusive der Hallen keinen Sanierungsstau gibt.

Vielleicht nicht einen Sanierungsstau aber auf jeden Fall einen vordringlichen Handlungsbedarf gibt es im Bereich der **Infrastruktur** und hier insbesondere bei **Straßen und Kanälen**. Hier werden wir die vom Stadtrat im November 2020 beschlossene Prioritätenliste weiter abarbeiten und die Straßen- und Kanalsanierung in der Lohesiedlung weiterführen. Um die Zuwendungen für Kanalsanierungen nach der RZWas 2021 möglichst optimal in Anspruch nehmen zu können, werden für Maßnahmen zur Verbesserung der Tiefbauinfrastruktur im Haushalt 2024 insgesamt Mittel von rund 3,1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die bauliche Umsetzung der Kanalsanierungen und der damit einhergehenden Straßenbaumaßnahmen werden in diesem und im nächsten Jahr wegen der dann noch möglichen Förderung oberste Priorität haben. Die Kombination aus Kanal- und Straßenbaumaßnahmen sind auch aus Effektivitätsgründen und zur möglichst geringen Belastung der betroffenen Bevölkerung die sinnvollste Variante.

Im Bereich Abwasserwerk konnte auch nach einer europaweiten Ausschreibung das Ing.-Büro Baur Consult mit den Planungsleistungen für die Kläranlage beauftragt werden.

Zu einer weiteren unerlässlichen Infrastruktur zählt neben den Straßen und Kanälen heutzutage auch der Bereich **Breitbandausbau**. Hier werden wir wie seit rund 15 Jahren die jeweils aufgelegten Förderprogramme weiter konsequent nutzen. Im Haushalt 2024 stehen für den Glasfaserausbau im Rahmen des mit dem Landkreis Bayreuth abgewickelten und nahezu abgeschlossenen Bundesförderprogramm zur Abfinanzierung noch Haushaltsreste von 1,1 Mio. € zur Verfügung. Für die nun anstehende Umsetzung der Gigabitrichtlinie Bayern ist die Glasfaserplus GmbH bereits beauftragt. Mit einer 90-prozentigen Zuwendung stehen im Haushalt hierfür 1,6 Mio. € zur Verfügung.

Und für das Förderprogramm Gigabitrichtlinie Bund 2.0, mit dem jeder noch verbleibende Haushalt einen gigabitfähigen Anschluss bekommen kann, ist der Antrag für eine 90-prozentige Förderung für ein Maßnahmenvolumen von 7 Mio. € bereits gestellt. Nach Eingang des Bewilligungsbescheids kann im Stadtrat das Ausbauggebiet festgelegt werden. Für dieses Programm sind neben den Planungskosten von 20.000 € in der Finanzplanung Ausgaben von 7 Mio. € bei Einnahmen von 6,3 Mio. € vorgesehen.

Einen vor allem auch städtebaulichen Schwerpunkt stellt im Haushalt die **Entwicklung des Bereichs zwischen Bahnhof und Innenstadt** dar. Die einzelnen Maßnahmen und Ansätze sind im Vorbericht des Vermögenshaushalts in den Nummern 93 bis 99 beschrieben.

Nachdem sich die Projekte "Ansiedlung der HföD" und "barrierefreier Ausbau des Bahnhofs Pegnitz mit neuer Bahnunterführung" konkretisieren, kann und muss die im Jahr 2018 aufgestellte Rahmenplanung "Zwischen Bahnhof und Innenstadt" fortgeschrieben werden. Das Grundstück K+P und PEP-Areal wurde entsprechend des Beschlusses des Stadtrates an den Freistaat Bayern verkauft. Der von der Stadt noch vorzunehmende Abbruch läuft derzeit. Die Kosten des Abbruchs von voraussichtlich rund 800.000 € können dabei zu 100% aus dem Verkaufserlös gedeckt werden.

In Abstimmung mit der Regierung von Oberfranken, können die für den Abbruch nicht benötigten Mittel aus dem Verkauf grundsätzlich für Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des Gebiets wiedereingesetzt werden. Hier steht die Konzepterstellung mit baulicher Umsetzung der künftigen Nutzung des Bahnhofgebäudes inklusive des Nebengebäudes auf der Agenda. Im Haushalt sind für Planungen zur Vorlage des Zuwendungsantrages bei der Regierung von Oberfranken 100.000 € eingeplant.

Auf Grundlage des vor zwei Wochen von der DB kommunizierten Zeitplans der baulichen Realisierung für den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs mit neuer Bahnunterführung bis 2027 kann nun ausgehend von der vorgestellten Entwurfsplanung die gesamte Entwicklung im Umfeld des Bahnhofs abgestimmt und koordiniert werden. Hierzu gehört neben der Nachnutzung des Bahnhofgebäudes auch ein mögliches Parkdeck, das bereits bei der für die KSB-Erweiterung erforderlichen Verlegung der Staatsstraße berücksichtigt ist. Und dazu gehört nicht zuletzt die Ansiedlung der HföD auf der Brachfläche K+P und PEP durch den Freistaat Bayern.

Ich freue mich, bei diesen Entwicklungen, die die Stadt Pegnitz in der Zukunft prägen werden, den Freistaat Bayern als Bauherren für die HföD mit im Boot zu haben, denn

der Freistaat Bayern ist hier nicht nur Bauherr, sondern insbesondere über die Städtebauförderung auch wichtiger Zuwendungsgeber bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen in diesem Gebiet.

Gemeinsam mit dem Freistaat Bayern wollen wir in Pegnitz den Bereich zwischen Bahnhof und Innenstadt als Vorzeigeprojekt entwickeln. Wir können hier Vorgaben wie "Innenentwicklung vor Außenentwicklung", Stärkung der Innenstadt und die Mobilitätswende modellhaft umsetzen.

Deswegen bitte ich darum, dass wir hier fraktions- und parteiübergreifend auch mit den Entscheidungsträgern im Landtag zusammenarbeiten. Mit dem im Haushalt zur Verfügung gestellten Mitteln und dem in diesem Jahr vollzogenen Abbruch der Gebäude K+P und PEP, haben wir die Voraussetzungen geschaffen.

Der Freistaat Bayern ist für uns aber nicht nur im Bereich zwischen Bahnhof und Innenstadt ein wichtiger Partner.

Bei der Umsetzung einer weiteren seit vielen Jahren, eigentlich vielmehr Jahrzehnten geforderten und zwingend erforderlichen Maßnahme hat er die in den jeweiligen Anträgen zur Stabilisierungshilfe dargestellte Dringlichkeit erkannt und positiv beschieden. Da es für Gebäulichkeiten städtischer Bauhöfe keine Förderprogramme gibt, haben wir im Rahmen der Konsolidierung in 2022 und 2023 für den Neubau des Bauhofs erfolgreich Stabilisierungshilfe beantragt.

Mit der gewährten Zuwendung von insgesamt 3,5 Mio. € aus Säule 2 der Stabilisierungshilfe können wir nun den ersten Bauabschnitt zum Neubau des Bauhofs angehen. Nach Abbruch von teilweise über 100 Jahre alten Baracken soll eine Fahrzeughalle, eine Waschhalle mit Werkstatt, eine Salzlagerhalle und - nachdem dort derzeit

die mit Gas erzeugte Wärme aus dem Fenster geheizt wird - eine neue Wärmeversorgung möglichst mit einem BHKW und Hackschnitzel aus dem eigenen Wald errichtet werden.

Für die heuer dafür geplante funktionale Ausschreibung sind im Haushalt 100.000 € eingestellt und für die anschließende Baumaßnahme ist eine Verpflichtungsermächtigung von 3,4 Mio. € eingeplant.

In einem anderen wichtigen Bereich sieht es dagegen für antragstellende Kommunen weniger rosig aus. Verfahren der ländlichen Entwicklung, sprich Dorferneuerungen und Flurbereinigungsverfahren, steuern auf einen Stillstand zu. Das Amt für ländliche Entwicklung muss aus personellen und finanziellen Gründen Prioritäten setzen. Die Stadt Pegnitz kann hier noch die bereits anfinanzierte Maßnahme einfache Dorferneuerung Horlach weiterverfolgen. Im Haushalt sind für die Maßnahmen in Horlach 250.000 € vorgesehen.

Nachdem für den Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Kosbrunn-Büchenbach der Zuwendungsantrag für eine Förderung aus dem Kernwegenetzprogramm beim ALE liegt, sind, in der Hoffnung auf eine Bewilligung der Maßnahme, im Finanzplan Ausgaben von 928.000 € bei einer Förderung von 805.000 € berücksichtigt.

Für weitere bereits laufende Maßnahmen wie insbesondere in Bronn, Kaltenthal, Büchenbach und Zips sind Mittel eingestellt. Wir werden das ALE, soweit es uns möglich ist, für eine zügige Umsetzung unterstützen.

Wann die Einleitung weiterer von uns bereits beantragter Maßnahmen wie z.B. für Hainbronn beginnen kann, steht aktuell aufgrund immer weiter gestrichener Förder-

gelder in den Sternen. Es bleibt aus kommunaler Sicht zu hoffen, dass die übergeordneten Stellen die Wichtigkeit ländlicher Entwicklung nicht noch weiter aus den Augen verlieren und hier wieder gegensteuern.

Im Bereich der **Feuerwehren** wurde in diesem Haushalt wahrscheinlich zum ersten Mal wirklich der Rotstift angesetzt.

Wir haben gemeinschaftlich im Gremium hinterfragt, ob bestimmte Anschaffungen tatsächlich notwendig sind und diese gestrichen, wenn definitiv klar war, dass damit keine Minderung der Sicherheit für die Bevölkerung einhergeht. Diese Streichungen stellen auch keine Geringschätzung der wertvollen Arbeit der Wehren dar, sondern sind Ausfluss einer schon länger nötigen, aber politisch immer schwer zu rechtfertigenden Bremse bei der Ausstattung der Feuerwehren. Auch hier sind wir angehalten, im Rahmen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit zu agieren und deren Ende ist bei weiter steigenden Preisen, steigender Inflation, steigender Kreisumlage, einem prognostizierten Sinken von Zuweisungen und gleichzeitig steigenden Aufgaben schneller erreicht, als uns das allen lieb ist.

Dieses Stichwort „finanzielle Leistungsfähigkeit“ bringt mich schließlich zu abschließenden allgemeinen Betrachtungen unseres Haushalts zurück. Die geplanten Investitionen mit Prioritätensetzung sind möglich, weil uns in diesem Jahr eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt von 2,4 Mio. € gelingt. Hierfür sind unter anderem gut laufende Gewerbesteuereinnahmen und eine gute Einkommensteuerbeteiligung verantwortlich.

Grundlage für die Gewerbesteuereinnahmen sind auch die intensiven Bemühungen der Verwaltung, bestehende Betriebe bestmöglich zu unterstützen wie z.B. bei der

geplanten Erweiterung der KSB mit Verlegung der Staatsstraße oder der derzeit bereits laufenden Erweiterung der Firma Fecom im Gewerbegebiet Pegnitz-West. In Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet an der A9 bin ich auch positiv gestimmt, dass es für bereits bestehende aber mehr oder weniger nicht genutzte Gewerbeflächen eine höherwertige Nutzung geben kann.

Voraussetzung für die gute Einkommensteuerbeteiligung von rund 9,4 Mio. € ist natürlich eine positive Entwicklung der Einwohnerzahlen.

Hier ist festzustellen, dass wir in den 10 Jahren zwischen 2013 und 2023 in Pegnitz insbesondere wegen des Zuzugs einen Zuwachs von 535 Einwohnern verzeichnen konnten. Das zeigt, dass Pegnitz - und davon bin ich überzeugt - eine attraktive Stadt ist, was bei aller Schwarzmalerei durchaus auch einmal gewürdigt werden könnte.

Zurück zum Haushalt und der Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt. Es ist uns vollkommen bewusst – und da gibt es auch nichts zu beschönigen, dass die Zuführung wie in diesem Jahr in Zukunft so nicht bleiben wird. Dies liegt u.a. auch an der bis 2027 um rund 1,5 Mio. € steigenden Kreisumlage.

Dies ist beim Blick auf die Auswertung der dauernden Leistungsfähigkeit klar ersichtlich. Und wenn man uns nun vorwirft, dass der Stand der allgemeinen Rücklage zeigt, dass man nicht fähig ist, aus eigenem Handeln Geld zu erwirtschaften, dann frage ich, wie sie das auch schaffen soll. Die Einnahmestruktur einer Gemeinde ist klar definiert in den Grundsätzen der Einnahmebeschaffung: Entgelte für erbrachte Leistungen, Steuern und wenn dies nicht ausreicht Kredite. Eine Gemeinde arbeitet in ihrer Gesamtheit nicht kostendeckend.

Wir können nur weiter sparen und weiterversuchen, Zuzug von Firmen und Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Dies gelingt aber auch nur, wenn wir unsere freiwilligen

Leistungen nicht völlig eindampfen müssen und eben weiter ein attraktiver Standort für Gewerbe und Wohnen bleiben.

Insbesondere auch wegen der in den nächsten drei Jahren um 1,5 Mio. € steigenden Kreisumlage müssten dann zum ersten Mal seit 2018 wieder Kredite aufgenommen werden. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass die Stadt Pegnitz **seit 2015 rund 14 Millionen € an Schulden abgebaut** hat.

Dies nicht zuletzt auch Dank der Stabilisierungshilfe, deren Erhalt einer strukturierten Antragstellung durch die Kämmerei und der Zusammenarbeit im Gremium zu verdanken ist.

Beim Thema „Schuldenentwicklung“ ist zur Einordnung auch interessant, dass die Schulden von Gemeinden und Gemeindeverbänden in Bayern seit 2012 um 12,3 % gestiegen sind.

Das ist jedoch kein Trost. Wir müssen als Stadt Pegnitz den Weg der Konsolidierung weiter konsequent beschreiten.

Wenn dann noch wie am Anfang meiner Rede erwähnt die Forderung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Markus Pannermayr, nach einer besseren Finanzausstattung umgesetzt werden sollte, würde das die zukünftige finanzielle Situation in der Stadt Pegnitz weiter entspannen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir zur Bewältigung aller Aufgaben in einer Kommune wie der Stadt Pegnitz qualifiziertes Personal benötigen.

Denn was nützen Anträge und Anfragen aus dem Gremium, wenn niemand in der Lage ist, diese zu bearbeiten; wie sollen wir konsolidieren, wenn niemand einen Antrag stellen kann; wie soll jemand nach Pegnitz ziehen oder wie soll sich in Pegnitz ein Betrieb ansiedeln, wenn niemand Baurecht mit Bauleitplanverfahren schaffen kann, wie würde unser schönes Pegnitz ausschauen, wenn niemand die Straßen reinigt und die Anlagen pflegt und wie sollen bei immer komplexeren Verfahren Zuwendungen generiert werden, wenn niemand da ist, der die Förderanträge stellt.

Denn das muss auch mal gesagt werden:

Bürokratieabbau wird oft medienwirksam von Politikern aller Parteien propagiert und gefordert. Aber auf die dafür erforderlichen Änderungen von Gesetzen und Vorschriften muss man leider noch warten. Diese Änderungen werden aber erforderlich sein, um auch Personal einsparen zu können.

Unabhängig davon benötigt die Stadt Pegnitz wie auch andere Städte, Gemeinden, Landratsämter oder Regierungen möglichst qualifiziertes Personal. Und hier wird sich durch die demografische Entwicklung, wenn demnächst die Jahrgänge der Babyboomer in Rente oder Pension gehen, der Konkurrenzkampf um Personal verschärfen.

Ein wertschätzendes oder zumindest von Respekt geprägtes Arbeitsklima im Stadtrat ist für das noch vorhandene Personal und auch bei der Suche nach qualifizierten Mitarbeitern sicherlich förderlich und in diesem Zusammenhang bin ich aktuell dankbar für die Unterstützung bei der Nachbesetzung der Stelle in der Kämmerei.

Wir werden hier hoffentlich erkennen, dass man im Miteinander mehr erreichen kann.

Deswegen wiederhole ich mich gerne, wenn ich zum Abschluss wie im letzten Jahr sage:

Lasst uns weiter gemeinsam Prioritäten suchen, festlegen und mit dem Haushalt 2024 die Grundlage schaffen, unsere Stadt weiter positiv zu entwickeln.

Ich bitte, dem vorgelegten Haushaltsplan mit allen Anlagen zuzustimmen.